

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Wochen-Zeitung erscheint wöchentlich freitags am 2. und 9. des Monats. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land jeweils durch die Post bei fester Zustellung monatlich M. 10.00, in den Ruhezuständen oberhalb M. 5.75 monatlich. Die 4-st. gebilligten Tages- und Wochen-Zeitung kostet im Ortsverkehr M. 1.00, im auswärtsigen Verkehr M. 1.50. Retraum die Millimeter-Zeile M. 4.00 im Ortsverkehr und M. 5.00 im auswärtsigen Verkehr. Anzeigen-Erlaubnis: Vier Uhr nachmittags.

Die Schulreform vor dem Landtag.

Berlin, 20. Februar 1922.

Auf der Tagesordnung stehen die beiden Beratungen des Kultusrats.

Abg. König (Soz.) verlangt die Einstellung aller Erziehung auf das Ziel, die neue Generation zum Menschheitsgedanken zu führen. Nur auf der Grundlage solcher Erziehung könne ein wahrer Völkerverbund entstehen. Das Ministerium müsse mehr als bisher die wirtschaftliche Schulung der Betriebskräfte durch Unterstufensschulen fördern. Das Schulwesen muß so organisiert werden, daß jedem von der Volksschule an der der Aufstieg zur Universitätsbildung ermöglicht ist. Zu diesem Zwecke muß im Kultusministerium ein besonderer Reformauschuß eingerichtet werden. Der Sinn der Jugend muß im Geistesunterricht auf Gegenwart und Zukunft gerichtet werden, nicht wie die Deutschnationalen es tun, auf die Vergangenheit, die Monarchie. Die Republik wird Bestand haben. Sie ist in unserer Jugend und auch in den Schulen zu verankern.

Abg. Dr. Klein (Dn): Das Kultusministerium ist der eigentliche Wiederbauministerium. Das einzige Band der deutschen Sprache muß pfleglich behandelt und die deutsche Familie muß erhalten bleiben, nicht zuletzt dadurch, daß ihr Einfluß auf die Schülerziehung erhalten bleibt. Die Heimatkunde ist ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer deutschen Bildung. Dem gebildeten Mittelstand muß die Möglichkeit gegeben werden, seine Kinder auf dem rechten Bildungsweg zu erhalten. Die verschiedenen Glaubensbekenntnisse sollen sich nicht verfolgen, sondern miteinander weiterrufen, wer dem Staate die besten Bürger erzieht. Der evangelischen Kirche müssen in Ansehung ihrer besonderen Eigenart alle diejenigen Rechte gewährt werden, die der katholischen Kirche gewährt werden sollen. Wir brauchen die ganze deutsche Vergangenheit aus für unsere Jugendziehung. Die preussische Kultur ist rar. Das fählen Sie bei einem Besuche im Zeughaus. Fröhlich Sie die nicht ein besserer Schauer, so ist Ihnen nicht mehr zu helfen. (Beifall.) Diese Kultur aufrechtzuerhalten, ist Aufgabe des Ministeriums.

Ministerpräsident Baumbach: Im Ausschuss hat sich ein höchst befriedigender Kampf um das Bildungsziel entsponnen. Dabei zeigt sich eine Abkehr von parteipolitischen Gesichtspunkten. Kein Ministerium ist so erduldend belächelt mit seinen Arbeiten wie das Kultusministerium. Die Erziehung zur Staatsliebe ist die Hauptaufgabe der modernen Staaten. Sie verfährt gemäß nicht die Vergangenheit, aber nur zu einer bewußt freudigen Erziehung zur Staatsgewinnung, die den Einzelnen zum Dienst im Staate zwingt, und daran hat es in der Vergangenheit vielfach gefehlt. Die Not der Zeit hat die Einheit gebracht, daß ein Volk ohne staatliche Einheit und Geschlossenheit mit der Vernichtung der kulturellen Werte bedroht ist.

Dieses Gefühl wird in der Volksschule, die höhere Schule und in die Universität einbringen. Von diesem Gesichtspunkt aus hat die deutsche Volkspartei die große Koalition gefordert, nicht um in die Regierung zu kommen, sondern um mitzuarbeiten an der positiven Arbeit, an der Wiedererrichtung unseres Staates. Wenn die Sozialdemokratie für ihre Anpassung Verständnis verlangt, so muß unsere Partei das gleiche Verständnis für sich verlangen. Wir dürfen nicht immer lementale Rückschlüsse halten auf die Vergangenheit, wir dürfen aber auch nicht Zukunftsbilder zeichnen. Wir müssen die Gegenwart lieben, um den Staatsgedanken zu pflegen. Der Trennungsgesetz, die geschäftlich gewordene Trennung der Konfessionen in Deutschland, läßt sich im Unterricht nicht legitimieren, aber wir brauchen die Befähigung auf das Gemeinsame. Der Trennung muß Rechnung getragen werden, die Freunde der weltlichen Schule lassen aber den Boden nicht überspannen. Wir brauchen eine schnelle Konzeption erst durch im Reichentrat. Die Richtlinien für den Unterricht in den Volksschulen werden demnächst erscheinen. Die Denkschrift über die Ober- und Mittelschulen ist im Druck. Die Aufforderungen sollen keineswegs verlassene Lehrpläne werden, es muß vielmehr dankbar anerkannt werden, daß die alten Lehrpläne ein großes geleistet haben. Bei den höheren Schulen helfen wir an der neunjährigen Dauer fest. Die Befürchtung, daß das Alter von nun von vernachlässigt wird, ist unbegründet, es soll die Siebenjahrreife erhalten und durch das Oberprimar getrennt werden. Der weltlichen Eigenart soll dabei Rechnung getragen werden. Es würde es bedürfen, wenn wir tüchtige Kräfte zu einer Reformabteilung im Ministerium gewinnen könnten, aber ich halte diesen Gedanken für schwer durchführbar. Im Unterrichtswesen wird die Reform fortgesetzt. Die studentische Betätigung muß entstofflicht werden. Wenn wir im Dienste an der Volkserneuerung die Hauptaufgabe sehen, kann werden aus Kreisen und Deutschland wieder vorwärts kommen. (Beifall.)

Abg. Lauchert (Nrl): Es wird nicht von allen Staatsbürgern die begeisterte Zustimmung zu den neuen Verhältnissen erwartet werden können, aber erhebliche Anstrengungen muß die Republik von allen ihren Bürgern aufbringen. Die Möglichkeit darf nicht zur Verleumdung des Staates selbst führen. Dem Zentrum wird im Wettbewerb mit den Linken vorgeworfen, daß es die Revo-

lution mitgemacht und den Federalismus preisgegeben habe. Eine preussische Kultur getrennt von einer allgemeinen deutschen Kultur müssen wir ablehnen.

Aus gewissen Gründen halten wir an der bewährten Konfessionsschule fest. Wenn man sie mit Gewalt beseitigen wollte, dann würden wir einen verhängnisvollen Schulkampf erleben. Nach den verschiedenen Weltanschauungen in unfern Völkern ist die Abtötung der Persönlichkeit des Staates der Kirche gegenüber bei der jetzigen schwankenden Saluta noch nicht möglich.

Abg. Dr. Schuler (D. Apt.): Die Erziehung muß das Ziel verfolgen, den Klassengenuß zurückdrängen und den Staatsgedanken zu pflegen. Der nationale Gedanke darf nicht vernachlässigt werden zugunsten unklarer internationalistischer Ideen. Die geistigen Kräfte sind die Wurzel aus der wirtschaftlichen Wohltätigkeit. Darin dürfen die Volksschulen nicht bloße Fachschulen sein, sondern wirkliche Hochschulen, die alle geistigen und sittlichen Kräfte pflegen.

Abg. Klein (Dn): USA verlangt eine gründliche Reform des Unterrichts. Jetzt werde die Jugend geradezu zur Feindschaft gegen die Republik erzoogen. Wir verlangen die Streichung aller Ausgaben für kirchliche Zwecke.

Abg. Dr. Wenzel (Komm.) kritisiert in ähnlicher Weise die Unterrichtsverwaltung als einen Hort der Reaktion.

Abg. Hoff (Dem.): Wenn die Geschichte der preussischen Volksschule eine Lebensgeschichte war, so lag das daran, daß die preussischen Herrenschichten sich der Volksschule gegenüber immer ablehnend verhalten. Die preussischen Volksschullehrer haben darunter am meisten gelitten. Unter der Konfessionsherrschaft bestand das öffentliche Schulwesen in schrittweiser Form. Der Ausschuss beantragt deshalb mit Recht, daß die noch zahlreich vorhandenen Halbtageschulen und die überfüllten Klassen einstufiger und mehrklassiger Schulen durch Gründung neuer Schulklassen beseitigt werden. Der Kampf um die Staatsform darf nicht in die Schule hineingertragen werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß in den Schulen noch immer die veralteten Les- und Geschichtsbücher im Gebrauch sind. Ohne Hebung der Volksschulen und Landschulen können wir nicht zu einer allgemeinen Hebung unserer Kultur kommen.

Darum wird die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr vertagt.

Kein Streikrecht der Beamten.

Der Reichsverkehrsminister warnt vor einem neuen Eisenbahnstreik.

In einer Sonderausgabe des Reichsverkehrsblattes nimmt der Reichsverkehrsminister zu der Möglichkeit der Wiederannahme des Eisenbahnstreiks folgendermaßen Stellung:

Der Vorstand der Reichsverkehrsminister deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter beschäftigt sich neuerdings mit dem Gedanken der Wiederannahme des Streiks. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der Reichstag in seiner weit überwiegenden Mehrheit den Standpunkt der Regierung in der Streikfrage bestätigt hat. Der Reichstagsrat hat zu dieser Frage in der Reichstagsitzung vom 9. Februar nachdrücklich erklärt, daß ein Streikrecht für die Beamten nicht besteht, und brandmarkte die Arbeitsverweigerung eines Teiles der Reichsbeamten als Revolte in der Reichsbeamtenhaft. Danach müßte bei der Wiederholung solcher Vorkommnisse gegen jeden die Arbeit verweigenden Beamten mit aller Schärfe eingeschritten werden und die diesmal geübte Schonung der Mitläufer könne nicht mehr in Frage kommen. Die hier wiedergegebene Erklärung des Reichstagsrats widerlegt aber auch die von der Reichsverkehrsminister verbreitete Darstellung, nach der die Reichsverkehrsminister die jüngst beantragten Verfassungen nachträglich nicht beurteilen soll als bisher. Wäre abgesehen für die Beurteilung sind allgemein die im Ratibenei aufgestellten und im Reichstag von mir bekannt gegebenen und dort gebilligten Richtlinien, für deren Einhaltung ich die volle Verantwortung übernehme. Ich habe Anlaß, dies mit Rücksicht auf das pflichterfüllte Verhalten und auf die mit der Unterordnung der Disziplinardisziplin betrauten Beamten besonders zu betonen.

Die Mission der französischen Parlamentarier

Berlin, 20. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die beiden französischen Abgeordneten Paul de Cassagnac und Dr. Proton de launay haben Berlin verlassen, um nach Paris zurückzukehren. Es verläutet, daß die beiden Herren in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Unterkommission der französischen Kammer in Berlin eine Untersuchung angestellt haben, die in Zusammenhang mit der beschlossenen Veränderung des französischen Wehrgesetzes steht. Wie weiter gemeldet wird, haben die französischen Parlamentarier sich außerordentlich betrieblig äußert über den entspannten Zustand in England, den sie während ihres Berliner Aufenthaltes in Kreisen der Regierung, des Parlaments und der Justizverwaltung gelunden haben.

Schuld und Schulden.

Berlin, 20. Februar.

Als Lloyd George zum ersten Male dem englischen Volk den tieferen Sinn des Krieges klarzumachen sich bemühte (in der Absicht, Freiwillige für die Armee anzuwerben), prägte er das Wort von den goldenen Regeln, die dem Krieg gewinnen würden. England hat den Krieg gewonnen, die goldenen Regeln haben es tatsächlich geschafft, aber würde heute ein neuer Krieg begonnen werden müßten, hätte auch England keine Möglichkeit mehr, die Regeln aus dem Material zu ziehen, das 1914 zur Verfügung stand. Das Wild ist zur Strecke gebracht, aber der Jäger hat keine Waffe eingebüßt.

Wirtschaftsleiden waren die tiefere Ursache des Weltkrieges; sie haben in der Blodierung Deutschlands ebenso wie in der immer weiteren Verdrängung der in den Krieg einbezogenen Mächte den Konflikt eingeleitet und sie haben zuletzt durch Frieden ihren Stempel aufgedrückt. Durch alle Verhandlungen der Versailler Konferenz stimmt sich ein vaterlandlicher Gedanke des rivalisierenden Weltwirtschaftskampfes. Frankreichs ehrgeliger Traum von der politischen Hegemonie in Europa, der zuerst der deutsche Großmachtstand zum Opfer fallen mußte, kreuzt sich mit dem englischen Ziel der weltwirtschaftlichen Souveränität, die ohne Deutschlands weltwirtschaftliche Ausfaltung niemals Wirklichkeit werden konnte. Zwischen beiden Willen, der immerhin so etwas wie das Programm einer internationalen Ausgleichspolitik sich hatte durch den Kopf gehen lassen und der doch im entscheidenden Augenblick als Theoretiker vor den gerissenen Mannern der politischen Praxis schmählich kapitulieren mußte.

Die Politik, auf der die beiden großen Kontrahenten England und Frankreich den unbenommenen Arbeiter müde fast stellen, wurde in jenem Paragraphen des Versailler Vertrages gefunden, der die ganze neuorganisierte wirtschaftliche und politische Aufteilung der Welt als praktische Durchführung des Schopenhauerprinzips hinstellt und der im Gegensatz zu dem als Väter in härteren Gewand erscheinenden Deutschland den Schein der Unschuldsproklamation um die Säugler Englands und Frankreichs wab. Schuld und Schulden sind also in bewahrter Wacht miteinander verstrickt worden; eins ist der unlösliche Teil des anderen. Lloyd George selbst hat dies zugegeben, wenn er ein Auslöser der Schuldfrage als des Standardproblems des ganzen Friedensvertrages für gleichbedeutend mit der Revision des Vertrages erklärte, und es hat gewiß seine tiefere Ursache, die nicht nur im eigenen Schuldbewußtsein verankert ist, wenn Poincaré als der Vertreter desjenigen Landes, dem die Formel „Schuld gleichbedeutend mit Schulden“ vom politischen Dogma geworden ist, aller Vermunft und Erkenntnis, die doch irgendwem am Menschheitshorizont aufblühen, den Kampf bis aufs Messer ansetzt.

Angehängelt sieht eine ganze Welt unter der Innerlichkeit ihrer Vallen, welche die ohnehin bismillige wie vererbte Erblichkeit der Versailler Vorkatholiken über sie verhängt hat. Und wenn allerorts die Not ansteigt, wenn zu derlichen Zeit England 50 Millionen Pfund für Arbeitslose ausgeben muß, in der Deutschland sich ächzend bemüht, aus der (nicht vorhandenen) Steuerkraft seiner Bürger in demselben Ausmaße ohnehiliche Summen herauszupressen, in den jene Gegner Stein auf Stein zu dem Schuldbau des Reparationsmonuments fännen — wenn derartige Widerprüfliche Wirklichkeit werden konnten, so ist allein damit bewiesen, daß irgendwo ein Fehler in der Rechnung vorliegen muß. Und je härter der Anmut im Volke darüber aufhorcht, daß sich die deutsche Regierung strebend bemüht, das Erfüllungsprogramm durchzuführen, soweit es sich irgendwem in ihren Kräften fest, desto härter sollte zugleich das Bewußtsein erwachen, daß nur dann endlich eine Befreiung von unerträglichem Vollen möglich ist, wenn es gelingt, die Zusammenhänge zwischen den beiden Problemen der Schuld und der aus ihr sich ableitenden Verhaftung zu zerstoren.

Der innerpolitische Kampf gegen die Steuerlasten als der hervorragendsten Auswirkung des Schuldproblems sollte abgeblöht werden durch den großen außenpolitischen Kampf gegen die Rüge von der deutschen Schuld. Würden alle Kräfte, die jetzt in wildem Ansturm gegen die innerpolitischen Fronten anbringen, freiemacht werden für die Teilnahme an dem großen Kampf für Deutschlands Ehrentrettung aus dem Verdrüß des Versailler Schuldstrahls, so würde nicht nur für Deutschlands außenpolitische Stellung, sondern auch für seine innerpolitische und wirtschaftliche Gesundung mehr getan sein. Energie aufzubringen gegen die Schulden, aber sich gleichzeitig in Resignation zu beugen vor der wirtschaftlichen und autokratischen Entschädigung in der Schuldfrage, bedeutet eine so völlige Verleumdung der Taten, daß man an dem politischen Gefühl seines Volkes verzweifeln müßte, wenn hier keine Umstellung erzielt werden könnte.

Genua.

Schließung des Vertrags.

Wie aus vorhergehender Seite mitgeteilt wird, ist der deutsche Regierung gegen die offizielle Nachricht von der Verzögerung der Konferenz von Genua eingetreten. Was zu welchem Zeitpunkt die Konferenz vertagt werden will, wird nicht angegeben.

Einladung Deutschlands zur Vorlesung

Herrn Dr. Heber (Eig. Drahtnachricht). Die italienischen Blätter melden übereinstimmend, in beinahe sämtlichen Kreisen werde berichtet, daß die Berliner Regierung die Aufforderung erhalten habe, einen Vertreter zu den Präliminärbesprechungen über die Konferenz von Genua zu entsenden. Man sei durchaus der Ansicht, daß Deutschland bei der Vorlesung in gleicher Weise vertreten sein müsse wie die anderen Mächte und betone, daß Präliminärbesprechungen der Art, die den Konferenzen unter Ausschluß Deutschlands der Wirkung der Konferenzen schädigen, wenn nicht gar in Frage stellen könne. Man erwartet daher, daß die deutsche Regierung schon in allerhöchster Zeit die diesbezügliche Benachrichtigung erhalten werde.

Italiens technische Vorbereitungen für die Konferenz.

Nachdem jeder Tag tritt in der Konsula das durch königliches Dekret gebildete Generalsekretariat für die Konferenz in Genua zu Sitzungen zusammen. Das unter Leitung des Barons Abregano, des früheren italienischen Vorkonferenzen in Washington, stehende Generalsekretariat ist direkt dem Vorkonferenzpräsidenten unterstellt worden und hat eine eigene Abteilung in Genua eingerichtet, deren besondere Aufgabe es ist, die Unterbringung der verschiedenen Delegationen, Verbesserungen und Neueinrichtungen im Transportwesen und im Post-, Telegraphen- und Fernverkehr vorzubereiten. Die Ministerie hat auf den Gang der Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz keinerlei fördernde Wirkung. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß gleichgültig ob die Konferenzen verschoben werden oder nicht, Italien zum 8. März mit der schließlichen Vorbereitung der Konferenz fertig sein wird. Nicht alle Delegationen werden in der Stadt Genua selbst untergebracht werden können. Höchstdenkbare wird der englischen Delegation das prachtvolle und geräumige Hotel Raggio in Cornigliano zum Aufenthalt angewiesen werden, während die französische Delegation im Palazzo Raggio in San Francesco d'Albaro Wohnung nehmen dürfte. Die übrigen Delegationen, auch die deutsche und russische, sollen in den besten Hotels in Santa Margherita und in Rapallo untergebracht werden. Wie von vorhergehender Seite bekannt, dürfte die deutsche Delegation für Genua eine ziemlich starke Stärke haben, man erwartet etwa 100 deutsche Delegierte mit Sekretären und Bureauverwaltern. Im Palazzo Reale sind Arbeiter steherhaft am Werke, um umfangreiche telephonische und telegraphische Anlagen zu installieren, damit die Delegierten in direktem Verkehr mit allen Zentren Europas treten können. Die Journalisten aus aller Herren Länder, die erwartet werden, erhalten zu ihrer Verpflegung den Palazzo Barone in der Piazza della Pace, wo sie alle Bequemlichkeiten zur Arbeit und Erholung finden werden. Die Delegation für Genua neue Telephonanschlüsse gelang zur ausschließlichen Verfügung der Presse. Die Eröffnungsfeier der Konferenz soll dringlich im Palazzo San Giorgio stattfinden, alle übrigen Sitzungen werden im Palazzo Reale abgehalten, in dem übrigens auch die italienische Delegation Wohnung nehmen wird.

Eine Proteste.

Anerkennung des Versailler Vertrages durch Rußland?

Die in den letzten Tagen durch die Presse gegangenen Mitteilungen von dem bevorstehenden Abschluß eines russisch-französischen Vertrages verdienen, selbst wenn die bisher vorliegenden Meldungen noch zu einer Zurückhaltung mahnen. Richtig ist, daß der von den Franzosen behauptet, wenn die bisherigen Informationen richtig sind, darin, daß Rußland den Versailler Vertrag anerkennt und dementsprechend als Mitglied der in Versaille Vertrag als Signatarmächte erscheinenden Mächten von Deutschland auf Reparations-

konta Entschädigungen im Betrage von 800 Millionen Goldmark ergibt.

Wir verlagerten vorläufig darauf, auf diesen Punkt in seiner politischen und wirtschaftlichen Auswirkung näher einzugehen. Die eine Bemerkung ist jedoch jetzt schon notwendig, daß es mehr als eine politische Frage und eine weitgehende Grundsatzfrage ist, wenn sich dem Reichsamt der in Versaille Vertrag festgesetzten wirtschaftlichen Entschädigungen aus dem Land der Seemanns, Handels- und Schiffbauindustrien zugehen würde. Gewiß sind die Seemanns- und Schiffbauindustrien unter diesen Umständen und ihre plötzliche Anerkennung des von ihnen bisher als imperialistische Ausgeburt gebrandmarkten Versailler Vertrages würde nicht die erste und wird vermutlich auch nicht die letzte Konsequenz an den Internationalismus und Imperialismus der kapitalistischen Bourgeoisie bedeuten. Das aber besteht darin, daß auch die entmenschten Mächte gestützt dem Reichsamt für die Schuld der Entente am Krieg freiwillig zur Verfügung gestellt hat, namentlich daran zu denken wegen sollte, jenen Paragraphen des Versailler Vertrages, der die Wiltenschuld Deutschlands am Krieg betrifft, in dinständem Golde für sich auszumachen, erscheint denn doch so unangebracht, daß man annehmen darf, die Welt würde wenigstens in diesem Falle rechtzeitig ihr Veto einlegen.

Die sozialistische Fünfländer-Konferenz.

Die französische Sozialistenpartei hat die sozialistischen und kommunistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands, Englands, Belgiens und Italiens die Einladungen für die Internationale sozialistische Konferenz in Frankfurt a. M. übermitteln, die über die Reparationsfrage verhandelt soll.

Die belgische Neutralität.

Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Chronicle" schreibt, die Verhandlungen zwischen England und Belgien über den Wortlaut des in Genua vorgeschlagenen Garantienpakts dauerten noch an. Die Entscheidung, daß Belgien sich verpflichtet, keinerlei Verträge oder Vereinbarungen abzuschließen, die mit dem gegenwärtigen Vertrag unvereinbar seien, verursachte Schwierigkeiten. Belgien lehnte diese Bestimmungen als Einschränkung der belgischen Souveränitätsrechte an und erklärt, es habe bereits ein Militärabkommen mit Frankreich abgeschlossen. Belgien sei nicht mehr neutral im früheren Sinne. Seine Neutralität habe es 1914 nicht geschickt, und es wolle zu diesem Zustande nicht zurückkehren. Nach britischer Ansicht sei für England von grundlegenden Bedeutung, bevor gefestigt zu werden, daß es aus einem anderen Grunde in den Krieg hineingezogen werden könnte als wegen einer direkten und nicht herausgeforderten Invasion; weiter könne England nicht gehen. Einer anderen in gewissen belgischen Kreisen erhobenen Forderung, Einschränkung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Neutralität und die neutrale Zone in den Flandern, könne ebenfalls nicht stattgegeben werden.

Seefahrtverkehr Deutschland, England, Frankreich, Amerika.

Wie wir von unternetzter Seite erfahren, ist nach langwierigen Beratungen, die in Paris und London geführt worden sind, kürzlich ein Vertragsabkommen zum Abschluß gebracht worden, auf Grund dessen die vier bedeutendsten Gesellschaften auf dem Gebiet der Seefahrt, nämlich die belgische Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Cablegram), die französische Compagnie Generale de Telegraphie sans Fil, die englische Marconi-Compagnie und die Radio Corporation of America — an der Westermündung und der westlichen Küste wie auch teilsweiligen Vervollständigung des drahtlosen Telegrammenverkehrs gemeinschaftlich arbeiten werden. Die Vereinbarung der Gesellschaften hat unter anderem eine Verbesserung der Interessen an der Errichtung und dem Betrieb vorbandener und neu von dem Konzern zu bauender Großstationen für den Überseeverkehr, vorerst jedoch Südamerika in Frage kommt.

Diese Abmachungen erschließen auch für Deutschland neue wichtige Verkehrsbeziehungen. Zunächst kommt der Zusammenschluß zur Wirkung bei der gegenwärtig bei Monte Urano in Argentinien entworfenen Großstation, die nach den Plänen der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie errichtet wird und

deren Inbetriebnahme Anfang 1923 zu erwarten ist. Da die Vertragsabmachung eine durchaus gleichmäßige Behandlung der vier Interessentenparteien gewährleistet, erhofft sich damit für Zeitsühnd endlich wieder der durch den Krieg verloren geangene, von fremden Einflüssen freie unmittelbare Weg für den Schnellnachrichtenverkehr nach Südamerika. Gemeinlichlich von den vier Gesellschaften wird neben Argentinien demnach eine Großstation in Brasilien errichtet, Johann ist vorgesehen, daß der Konzern die vorhandenen Fundanlagen in Columbia übernehmen soll.

Deutsches Reich.

Der Bund der Auslandsdeutschen schreibt uns: Das persönliche Ministerium in Rom hat bestimmt, daß Eingaben für die von deutschem Heimatsbüro in Italien auf Grund des 14. Artikels vom 7. November 1921 und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen bis zum 28. Februar 1922 bei den zuständigen italienischen Behörden eingereicht werden müssen. Nach diesem Termin verfallt jedes Verlangen, die Befreiung von Kleinbeiträgen als solchen zu verlangen, so daß dann der Kleinbeitrag wie alle übrigen deutschen Beiträge in Italien behandelt wird, d. h., wenn es nicht zu gegenseitigen Vereinbarungen kommt, nach der heutigen Rechtslage von Staatswegen liquidiert wird. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Eingaben auf Freigabe von Wärdern in England auf Grund des zwischen der deutschen und englischen Regierung getroffenen Wärdereibehaltens spätestens bis zum 6. März d. J. bei der britischen Darlehenstelle, Berlin, Friedrichstr. 79a, eingegangen sein müssen, da die Frist (31. 3. 1922) nicht verlängert wird.

Auslands-Rundschau.

Weselt. 20. Februar. Die Regierungen von Weselt und Dublin haben die letzten Besprechungen gegenseitig ausgetauscht. Aus dem Vatikan. Eine Nachrichtenagentur will wissen, der Kardinal-Staatssekretär Gasparri hat den Wunsch ausgedrückt, aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurückzutreten. Der Papst werde ihn durch Kardinal Ceretti, den Präfekten in Paris, ersetzen. Aus Moskau verläutet, Lutz Jock Anfang Februar große Arbeiterkundgebungen veranstaltet worden. Tausende von Arbeitern hätten gegen die Wahlordnung protestiert und das allgemeine Stimmrecht verlangt. Nach einer förmlichen Versammlung hätte die Stadt durchzogen und Fahnen mitgeführt mit der Aufschrift: "Rieder mit den Sowjets von heute! Es leben die freigegebenen Sowjets!"

Von Nahe und Fern

Nur Eitel im Mansfeldischen.

II. Eitel, 20. Febr. Die Tage auf den Gruben der Mansfeldischen Grubens-A.G. ist bis jetzt unwiederlich. Die Besprechung zwischen der Streikleitung und der Direktion am getrigen Mittag galt nur der Feststellung, was unter Umständen Streikende wird heute erst vor dem Schlichtungsausschuss gesprochen werden. Sozial kann aber festgelegt werden, daß unter den Arbeitern keine große Streikluft besteht und daß der größte Teil nur gewöhnlicher Arbeiter in den Ausstand getreten ist. Die Führer wissen das sehr wohl, jedoch man annehmen kann, daß bei einermachen gutem Willen heute der Streik wieder abgeblasen wird, wenn der Schlichtungsausschuss gesprochen hat.

RHEINBERG SEKT
Rheinberg & Co. Akt.-Ges. Gelsenheim am Rhein-Schloss Rheinberg

Von großen und kleinen Kindern.

Münchener Falschungs-Angebote von Richard Rich. (Nachdruck verboten.) Der Diener: O du Verfertiger meiner Schminke! Wir haben eine seltsame Sache zwischen durchgesehen, und jetzt soll ich mich von dir trennen? Nein! Du sollst mit mir kommen... in die Winterheimlichkeit meines Zimmers! Die rote Lampe, unsrer Liebe Sinnbild, wird uns leuchten. Und ich — ich werde die vorlesen... Du als erster Mensch wirst begabtet werden, den ersten Akt meines Dramas, "Eros und Kosmos" zu übernehmen. Geliebte, mirst du... — Na, mei Elster, ich hab ich a selbsn Kind... Der Hausherr: Ich hab' mal ein Künstlerlein mitgemacht... hoch droben in Schwabing im hohen Schwabing hoch droben in einem Atelier. Der fröhliche Punkt dieser Gegen ist die Pension Fährmann. Ich kannte den Besitzer des Ateliers nicht, denn ein Freund hat mich mitgenommen. Leberhaupt, die meisten Mitglieder der Gesellschaft hatten sich schon zum ersten Male gesehen... wenn auch gleich ziemlich gründlich. Denn da Garbdenzmann nicht berichtig, waren breitere Gespräche über Veränderung und über andere erschienen. Mirabella del Sarto (sie hoch natürlich Marie Schneider) gehörte zu diesen "Schönheiten". Sie zeigte alle, sogar Irene Fink. Denn sie wurde hienos. Sie langte das hübsche Helles, das der Apoll der Erkenntnis überhaup noch gar nicht gegeben haben soll. Mirabella tanzte lo hübsch, daß mehrere Herren ihrewegen in Schwung kamen. Und vom Schwünge in Tätigkeit. Gerade als einer der Entschlammten eine Chantafische ergab, um seinem Partner damit die Meinung zu sagen, sprang ein anderer, jenseitiger schwerer auf und um den die Kampfbühne. "Aha, ehst!" rief er und drängte sie zur Tür. Die waren schon beinahe draußen, da erkannte sie die Gefahr. Gemeinliche Not verdrängte. So ließen sie die beiden denn zusammen zu

Wohz. Und doch waren nicht sie, sondern der Friedensstiller herausfordert. Er stand sich nun vor dem Atelier, mangelhaft bescheidet und auf der kalten Treppe. Dort blieb er zwei Stunden lang. Er klopfte, er donnerte an die Tür. Niemanden konnte Mirabella... Freimorgens früh, man den Armen half erlesen, kesseln vor dem Atelier. Man näher hinah, erkannte man ihn: Es war der Goldhaber... Zuviel verlangt: Ich wann kausen Waldung hält und zwei Wochen Urlaub dazu, und 's mir grad Waldung — des wär' lo a Wunder, den's Christkind mir zu mel'm Namenstag erfüllen sollt'... Neue Verträge: A Wirt vor's Glück? ...? Na, da steht ma do nit... — Warum net gar! Sie haben doch Läder für die Augen...? Ich... aber mit kennt ma ne... Sechstausend Wirt sollt' ma Gwand... und da sollt' ma net 'mal wissen, wer i bin? Zwischen "Vor-" und "Nachher": Da bin ich nun in meinem Prämium eben heimgekommen und weiß nicht: Ist heute schon heute, oder ist heute noch gestern, oder ist heute erst morgen... Vereinsliste: Alle Münchener Vereine feiern im folgenden ihr eigenes Fest: Der Gabelberger-Steinographen und die Freizeiter, der Klub der Kaffeekostümpferinnen und der Verein zur Hebung der unehelichen Kinder. Man veranlaßt Bauerhülle und lösch ohne "Dandib", man kommt hübsch und indian'isch, hübsch und biedermerzlich. Und wenn's zufällig gerade Samstag ist, dann reizen die Säte nicht aus. Reuful traf ich meinen Freund Bobrian, dieses hübsch, im Café Stephanie. "Was sinnst du so früh durch Nacht und Wind?", fragte ich ihn. "Ich nicht", antwortete er dumpf. "Ich bin dabei, einen Verein zu gründen. Er wird heißen: 'Verein für Franzensfrühstück und Aufstundentag.' "Wesh? Welches gibt's doch schon über der Revolution. Du irrst dich im Jahrezeit, mein lieber Bobrian!"

Da sagte Bobrian: "Ich doch ganz wurscht. Es wird ein Renalinschneefeld werden..."

Der glückliche Vater.

Der alte Pflüger hatte einen Sohn. Das war der junge Pflüger, Toni benannt, und den haben Tag über bewundert. Während der anderen Hälfte des Tages hatte er einen sehr hübschen Dales... um Vater gar nicht zu reden. In solchem Zustande erreichte ihn der Pflüger. Die Pflüger wurden leiser, der Dales aber um lo häufiger. Schließlich sagte Toni sich ein Herz. Er mußte sich Geld verschaffen und ging zum alten Pflüger. Mit Leidenbittermeins machte er ein Geständnis dem Gegenüber. Und bekannte sich als Vater dazu... Es gibt bei Ribemius einen Golog, in dem das brunnentest. Was aber Ribemius verdrängt, ist dieses: Toni bekam das nötige Kleingeld. Er lernte heimliche Feste, wie sie gehalten waren. Und auf der Bauerntiere, da lernte er ein Mädchen kennen... ein Mädchen! Es hieß Sabett! und elstete, als Wirtin eines Arztes, der ewigen Seeligkeit Vorlauf. Fünftige Monate später lernte man in München das Oberloberk. Es war nur ein Zufall... das heißt eigentlich war es kein Zufall, daß unter Toni wiederum vor seinen Vater treten mußte, ein süßes Geständnis ablegen. Herr Pflüger glaubte eher an Starbier als an erneute Golog vorzubringen. Und nannte seinen Sohn einen Lügner und Erpresser. Und gerade diesmal hatte Toni nicht gelogen... O Sabett!

Der Wiederkauf des Dessauer Theaters.

Die bisher von Industriellen und privaten Kreisen gegebenen Spenden zum Wiederkauf des Dessauer Theaters belaufen sich auf 5 Millionen Mark. Ein Grundriss für das Reichsberger Stadttheater schickte. Vom Stadtrat in Reichsberg (Wismar) wird mitgeteilt, daß das dortige Stadttheater vom 1. August 1922 auf die Dauer von fünf Jahren neu bezogen wird. Dieses Theater steht zu der ersten deutschen Provinzialtheater der Fichtelberg-Spielzeit. Die Feste sind bis zum 10. März 1922 beim Stadtrat eingubringen, welcher über Verlangen die Nachtheaterliste bekanntgibt.